DIW Wochenbericht

Korrigierte Version (Seite 687, Abbildung 6)

44 2026

AUF EINEN BLICK

Für immer mehr Menschen reicht das Einkommen nach eigener Einschätzung aus

Von Sabine Zinn und Jürgen Schupp

- SOEP-Daten zeigen, dass die tatsächlichen Einkommen von 2002 bis 2022 stärker stiegen als die zum Zurechtkommen benötigten Einkommen
- Anteil der Menschen mit Einkommenslücke, deren Einkommen also unter dem selbst genannten Mindestbetrag lag, sank von rund 28 auf knapp 20 Prozent
- Die subjektiv notwendigen Einkommen von Frauen und Männern sowie in Ost- und Westdeutschland haben sich weitgehend angeglichen
- Bei Erwerbstätigen mit niedrigen Einkommen nahm die subjektive Einkommenslücke nach 2012 deutlich ab
- Bei arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden bleibt die Einkommenslücke dagegen dauerhaft groß und hat sich zuletzt eher vergrößert

Die tatsächlichen Einkommen sind stärker gestiegen als die subjektiv notwendigen, doch bei sehr niedrigen Einkommen besteht weiterhin eine Lücke
Äquivalenzeinkommen in Euro

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), gewichtet.

CC BY 4.0, creativecommons.org/licenses/by/4.0

ZITAT

„Unsere Ergebnisse zeigen eine erfreuliche Entwicklung: Zwischen 2002 und 2022 konnten immer mehr Menschen in Deutschland ihr subjektiv notwendiges Mindesteinkommen decken. Bei vielen Sozialleistungsbeziehenden bleibt dagegen eine erhebliche Einkommenslücke bestehen."

— Sabine Zinn —

MEDIATHEK

Audio-Interview mit Sabine Zinn
www.diw.de/mediathek

Für immer mehr Menschen reicht das Einkommen nach eigener Einschätzung aus

Von Sabine Zinn und Jürgen Schupp

ABSTRACT

Die Regelsätze der Grundsicherung werden derzeit neu berechnet. Damit stellt sich die Frage, wie viel Einkommen Menschen selbst für notwendig halten, um zurechtzukommen. Auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht der Bericht, wie sich das tatsächliche und das subjektiv notwendige Einkommen von 2002 bis 2022 entwickelt haben. Die tatsächlichen Einkommen sind deutlich stärker gestiegen als die als notwendig angesehenen Einkommen. Gleichzeitig sank der Anteil der Personen, deren tatsächliches Einkommen unter dem selbst angegebenen notwendigen Einkommen liegt, von rund 28 auf 20 Prozent. Besonders groß bleibt die Einkommenslücke bei arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden. Bei Erwerbstätigen im unteren Einkommensbereich hat sie seit 2012 dagegen deutlich abgenommen. Auch die subjektiv notwendigen Haushaltseinkommen von Frauen und Männern sowie in Ost- und Westdeutschland haben sich im Zeitverlauf stark angenähert. Die positive Entwicklung bei Erwerbstätigen mit niedrigen Einkommen könnte auch auf den Mindestlohn zurückzuführen sein. Bei der Neuermittlung der Regelbedarfe sollten mögliche Versorgungslücken im Blick behalten werden. Denn substanzieller materieller Mangel kann langfristig gesundheitliche und gesellschaftliche Folgekosten verursachen.

Die Regelsätze der Grundsicherung werden derzeit neu berechnet. Alleinstehende erhalten bisher einschließlich der Kosten für Unterkunft und Heizung knapp 1000 Euro Grundsicherung im Monat.[1] Politisch diskutiert wird, welche Ausgaben das sozialrechtliche Existenzminimum umfassen soll und ob die Regelsätze gekürzt oder angehoben werden sollen. Der vorliegende Bericht untersucht die Perspektive der Menschen selbst: Wie viel Einkommen brauchen sie aus eigener Sicht mindestens, um zurechtzukommen?

Dass die persönliche Einschätzung von politisch oder administrativ festgelegten Einkommensgrenzen abweichen kann, zeigt eine SOEP-Befragung aus dem Herbst 2025. Die Mehrheit der Bevölkerung hält demnach ein Nettoäquivalenzeinkommen von mehr als 2000 Euro für erforderlich, um ein würdevolles Leben führen zu können.[2] Unterhalb dieser Schwelle stimmen rund zwei Drittel der Befragten nicht der Aussage zu, dass ihr Einkommen dafür ausreicht.[3] Die Frage nach einem würdevollen Leben stellt dabei auf einen gesellschaftlich angemessenen Lebensstandard ab, während die im vorliegenden Bericht untersuchte Frage darauf abzielt, welches Einkommen ein Haushalt mindestens zum Zurechtkommen benötigt. Beide geben jedoch Aufschluss darüber, wie Menschen ihren finanziellen Bedarf beurteilen.

Solche subjektiven Einschätzungen ergänzen in der Armuts- und Sozialberichterstattung seit Langem objektive Einkommensmaße.[4] Liegt das tatsächlich verfügbare Einkommen unter dem Betrag, den ein Haushalt für notwendig hält,

1 Seit Juli 2026 erfolgte die Umstellung sowie Umbenennung der früheren Geldleistung „Bürgergeld" in das künftige „Grundsicherungsgeld". Der Betrag wurde seit 2024 nicht mehr erhöht und die Höhe des Regelbedarfs für 2027 steht derzeit noch nicht verbindlich fest. Vgl. Informationen auf der Website des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS; online verfügbar, abgerufen am 7. Oktober 2026. Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen).

2 Siehe auch den Eintrag zum Äquivalenzeinkommen im DIW Glossar (online verfügbar).

3 Vgl. Jürgen Schupp und Sabine Zinn (2026): Mehrheit sieht würdevolles Leben erst oberhalb von 2000 Euro netto – und damit klar über dem staatlichen Existenzminimum. DIW aktuell 118 (online verfügbar).

4 Martin Lačný (2020): Approaches to subjective poverty in economic and sociological research. Human Affairs, 30(3), 413–427. Siehe auch den Eintrag zu Armut im DIW Glossar (online verfügbar).

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2026-44-1

weist dies auf subjektive Einkommensarmut hin.[5] Eine solche Selbsteinschätzung wird zwar nicht als Grundlage für die Gewährung sozialstaatlicher Leistungen herangezogen, hat aber einen wichtigen Vorteil: Sie berücksichtigt, dass sich finanzielle Bedürfnisse je nach Lebenssituation unterscheiden können.

Was als notwendig erachtet wird, hängt auch davon ab, womit Menschen ihre Situation vergleichen

Bereits Studien in den 1970er Jahren stellten fest, dass Menschen mit höherem Einkommen im Durchschnitt zufriedener sind, steigender gesellschaftlicher Wohlstand aber nicht zwangsläufig im gleichen Maße mit wachsendem subjektivem Wohlbefinden einhergeht.[6] Auch Analysen mit SOEP-Daten zeigen, dass sich objektive materielle Lebensbedingungen und subjektive Bewertungen nicht notwendigerweise parallel entwickeln.[7] Menschen bewerten ihre finanzielle Situation nicht allein danach, wie viel Geld ihnen zur Verfügung steht. Entscheidend kann auch sein, welchen Lebensstandard sie gewohnt sind, wie Menschen in ihrem sozialen Umfeld leben und was sie selbst als normalen oder angemessenen Lebensstandard ansehen und mit welchen sozialen Gruppen man sich individuell vergleicht.[8]

Damit kann sich auch die Vorstellung davon verändern, wie viel Einkommen zum Leben notwendig ist. Steigt das tatsächliche Einkommen, kann zugleich der Betrag steigen, den Menschen für notwendig halten. Internationale Studien, in denen Menschen nach dem Einkommen gefragt werden, das sie für ihren Haushalt mindestens benötigen, zeigen, dass dieser Betrag sowohl mit dem eigenen Einkommen als auch mit dem Einkommen von Vergleichsgruppen steigt.[9] Umgekehrt können Menschen ihre Vorstellungen davon, was sie benötigen, an dauerhaft begrenzte finanzielle Möglichkeiten anpassen. Ein niedrig angegebenes notwendiges Einkommen muss damit nicht zwangsläufig heißen, dass der objektive materielle Bedarf gering ist. Das subjektiv notwendige Einkommen kann auch widerspiegeln, über welche weiteren finanziellen Ressourcen oder Rücklagen ein Haushalt verfügt und welchen Lebensstandard er als notwendig ansieht. Wer beispielsweise auf Vermögen zurückgreifen kann, benötigt möglicherweise weniger laufendes Einkommen.

Die Forschung bezeichnet die Differenz zwischen tatsächlichem und als notwendig angesehenem Einkommen als „aspiration gap“ oder Anspruchslücke. Neuere Analysen auf Basis von EU-SILC, einer EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen, zeigen: Eine größere solche Lücke geht mit geringerer Lebenszufriedenheit einher.[10]

SOEP-Daten zeigen über 20 Jahre, wie sich Einkommen und subjektiver Einkommensbedarf entwickeln

Für Deutschland lässt sich die Frage zum subjektiven Einkommensbedarf bislang nur selten über einen längeren Zeitraum untersuchen. Zwar liegen regelmäßig Informationen zur Einkommenszufriedenheit vor,[11] und auch Fragen nach gerechten Einkommen oder einem angemessenen Lebensstandard wurden wissenschaftlich untersucht.[12] Wiederholte repräsentative Befragungen dazu, welches Einkommen Menschen für ihren eigenen Haushalt als notwendig ansehen, sind dagegen selten.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) bietet hierfür eine besondere Datengrundlage. Seit 2002 wurden Erwachsene in Deutschland alle fünf Jahre gefragt, wie hoch das monatliche Haushaltsnettoeinkommen mindestens sein müsste, damit ihr Haushalt zurechtkommt. Für die Jahre 2002, 2007, 2012, 2017 und 2022 liegen somit vergleichbare Angaben vor.

Für die Analyse werden das tatsächliche und das subjektiv notwendige Haushaltsnettoeinkommen nach demselben Äquivalenzprinzip an Größe und Zusammensetzung des Haushalts angepasst. Beide werden als nominale monatliche Nettoäquivalenzeinkommen auf Personenebene betrachtet (Kasten). Damit kann untersucht werden, wie sich das tatsächliche und das subjektiv notwendige Einkommen sowie ihr Abstand über 20 Jahre entwickelt haben. Zudem werden Unterschiede zwischen Einkommensgruppen und sozialen Lebenslagen betrachtet. Die Ergebnisse zeigen, wie eng das subjektiv notwendige Einkommen mit dem eigenen Lebensstandard, sozialen Vergleichsmaßstäben und dauerhaft begrenzten finanziellen Möglichkeiten zusammenhängt.

5 Vgl. zu einem Überblick zu unterschiedlichen Operationalisierungskonzepten etwa Nadine Seddig, Gerda Holz und Benjamin Landes (2017): Die subjektive Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Stand der Forschung und Perspektiven für vertiefende Erhebungen. FGW-Impuls Vorbeugende Sozialpolitik, 4 (online verfügbar).

6 Richard. A. Easterlin (1974): Does Economic Growth Improve the Human Lot? In: Paul A. David und Melvin W. Reder (Hrsg.): Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honor of Moses Abramovitz, New York, 89–125.

7 Markus M. Grabka und Jürgen Schupp (2017): Geht's uns wirklich so gut? Lebensqualität ist mehr als nur subjektive oder objektive Lebenslage. Wirtschaftsdienst, 97(6), 448–450 (online verfügbar).

8 Simone Schneider und Jürgen Schupp (2014): Individual Differences in Social Comparison and its Consequences for Life Satisfaction. Introducing a Short Scale of the Iowa-Netherlands Comparison Orientation Measure. Social Indicators Research, 115(2), 767–789.

9 Alois Stutzer (2004): The Role of Income Aspirations in Individual Happiness. Journal of Economic Behavior and Organization, 54(1), 89–109 (online verfügbar); John B. Knight und Ramani Gunatilaka (2012): Income, Aspirations and the Hedonic Treadmill in a Poor Society. Journal of Economic Behavior and Organization, 82(1), 67–81 (online verfügbar).

10 Vgl. etwa Boris Marton, Jason Wei Jian Ng und Tomáš Želinský (2026): The Role of Aspiration Gap and Affect in Shaping Life Satisfaction. Social Indicators Research, 181(68) (online verfügbar).

11 Theresa Iglauer, Jürgen Schupp und Maximilian Priem (2021): Subjektives Wohlbefinden und Sorgen. In: Statistisches Bundesamt et al. (Hrsg.): Datenreport 2021, 410–420 (online verfügbar).

12 Stefan Liebig, Carsten Sauer und Jürgen Schupp (2011): Die wahrgenommene Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens: Geschlechtstypische Muster und die Bedeutung des Haushaltskontextes. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 63(1), 33–59 (online verfügbar); Jule Adriaans und Stefan Liebig (2024): Einkommensgerechtigkeit in Deutschland und Europa. In: Statistische Bundesamt et al. (Hrsg.): Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 261–267.

Kasten

Erfassung des subjektiv notwendigen Einkommens

Seit Studienbeginn wird den Befragten im Abstand von fünf Jahren dieselbe Frage zum subjektiv notwendigen Haushaltseinkommen gestellt:

„Welches Haushaltseinkommen würden Sie persönlich – unter Ihren Lebensumständen – als das notwendige Mindesteinkommen betrachten? Gemeint ist der monatliche Nettobetrag, den Ihr Haushalt unbedingt braucht, um zurechtzukommen?"

Die Befragten können einen Betrag in Euro angeben oder mit „weiß nicht" antworten beziehungsweise keine Angabe zur Höhe machen. Für die Analysen stehen Messungen aus den Jahren 2002, 2007, 2012, 2017 und 2022 zur Verfügung. Nicht für alle Befragten liegt eine Angabe zum subjektiv notwendigen Einkommen vor. Der Anteil ohne Angabe liegt je nach Erhebungsjahr zwischen 14,5 und 24,5 Prozent. Ein Großteil der fehlenden Angaben entsteht dadurch, dass die Frage in den Geflüchtetenstichproben nicht gestellt wurde. Hinzu kommen Befragte, die mit „weiß nicht" antworteten oder keinen Betrag nannten. Zum Vergleich ist der Anteil fehlender Angaben beim tatsächlichen Haushaltsnettoeinkommen mit 5,6 bis 8,2 Prozent deutlich geringer. Personen mit fehlenden Werten bei einer der beiden Einkommensangaben werden aus den Analysen ausgeschlossen.

Fallzahlen

In die Analysen gehen ausschließlich Personen mit gültigen Angaben zu den jeweils betrachteten Variablen ein. Die Zahl der berücksichtigten Beobachtungen in Form realisierter Personeninterviews beträgt 17 043 im Jahr 2002, 15 776 im Jahr 2007, 20 363 im Jahr 2012, 22 011 im Jahr 2017 und 20 530 im Jahr 2022.

Tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen

Für den Vergleich werden zwei Einkommensgrößen betrachtet. Das tatsächliche Einkommen basiert auf dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Das subjektiv notwendige Einkommen beruht auf der Angabe der Befragten, wie hoch das monatliche Haushaltsnettoeinkommen mindestens sein müsste, damit ihr Haushalt zurechtkommt. Da sich beide Angaben zunächst auf den gesamten Haushalt beziehen, werden sie nach demselben Äquivalenzprinzip an die Haushaltsgröße angepasst. Dazu wird das jeweilige Haushaltseinkommen durch die Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt. Diese in der internationalen Einkommensforschung etablierte Äquivalenzskala berücksichtigt Einsparungen durch gemeinsames Wirtschaften im Haushalt und ermöglicht die Vergleichbarkeit mit Studien, die denselben Ansatz verwenden.[1] Auf diese Weise entstehen ein tatsächliches und ein subjektiv notwendiges Äquivalenzeinkommen, die auf Personenebene miteinander verglichen werden können. Damit wird berücksichtigt, dass größere Haushalte aufgrund gemeinsam genutzter Ressourcen nicht proportional zur Zahl ihrer Mitglieder ein höheres Einkommen benötigen. Beide Einkommensgrößen werden nominal, also in den Preisen des jeweiligen Erhebungsjahres, betrachtet. Würde nur das tatsächliche Haushaltseinkommen um die Inflation bereinigt, das gleichzeitig erfragte subjektiv notwendige Einkommen dagegen nicht, würden die beiden Größen nicht mehr auf derselben zeitbezogenen monetären Skala verglichen. Eine Deflationierung auch des subjektiv notwendigen Einkommens würde wiederum unterstellen, dass sich dessen Kaufkraftentwicklung vollständig durch die amtlich gemessene Inflation abbilden lässt. Gerade bei einer subjektiven Einschätzung ist dies nicht selbstverständlich: Die individuell wahrgenommene Inflation kann von der amtlich gemessenen Inflation abweichen und sich zwischen Personen unterscheiden.[2] Daher werden beide Einkommen in nominalen Werten desselben Erhebungsjahres miteinander verglichen. So können sich die jeweiligen Preisverhältnisse und deren Wahrnehmung unmittelbar in der Angabe widerspiegeln, welches Einkommen die Befragten zu diesem Zeitpunkt für notwendig halten. Bei Vergleichen über die Zeit beziehen sich Veränderungen der beiden Einkommensgrößen entsprechend auf nominale Werte.

1 OECD (2013): OECD framework for statistics on the distribution of household income, consumption and wealth (online verfügbar).

2 Hans Wolfgang Brachinger (2008): A new index of perceived inflation: Assumptions, method, and application to Germany. Journal of Economic Psychology, 29(4), 433–457. Sarah M. Lein und Thomas Maag (2011): The formation of inflation perceptions: Some empirical facts for European countries. Scottish Journal of Political Economy, 58(2), 155–188.

Tatsächliches Einkommen ist stärker gestiegen als das subjektiv notwendige Einkommen

Im Jahr 2002 lag das tatsächliche monatliche Nettoäquivalenzeinkommen durchschnittlich bei 1468 Euro und das von den Befragten für ihren Haushalt als notwendig angesehene Einkommen bei 1194 Euro (Abbildung 1). Bis 2022 stieg das tatsächliche Einkommen nominal auf 2457 Euro und das subjektiv notwendige Einkommen auf 1661 Euro. Damit erhöhte sich das tatsächliche Einkommen innerhalb von 20 Jahren nominal um rund 67 Prozent, das subjektiv notwendige Einkommen dagegen um rund 39 Prozent. Dabei stieg das subjektiv notwendige Einkommen in jedem der betrachteten Fünfjahreszeiträume. Seit 2007 fiel sein Anstieg jedoch jeweils geringer aus als der des tatsächlichen Einkommens. Besonders deutlich war der Unterschied zwischen 2012 und 2017: Das tatsächliche Einkommen erhöhte sich gegenüber der vorherigen Erhebung um rund 18 Prozent, das subjektiv notwendige Einkommen um knapp sieben Prozent.

Gleichzeitig nahm der Anteil der Menschen ab, deren tatsächliches Einkommen unter dem von ihnen selbst als notwendig angesehenen Einkommen lag (Abbildung 2). Im Jahr 2002 traf dies auf 28,3 Prozent zu. 2007 waren es 27,3 Prozent und 2012 27,9 Prozent; anschließend sank der Anteil

auf 22,1 Prozent im Jahr 2017 und 19,8 Prozent im Jahr 2022. Mit anderen Worten lag 2022 noch für etwa ein Fünftel aller Erwachsenen in Deutschland das tatsächliche Einkommen unter dem als notwendig erachteten Einkommen. Zugleich vergrößerte sich die Einkommenslücke dieser Personen deutlich: Während das tatsächliche Einkommen der Betroffenen 2002 im Median 173 Euro unter dem als notwendig erachteten Einkommen lag, waren es 2022 bereits 577 Euro.

Subjektiv notwendige Einkommen in Ost und West liegen 2022 nahezu gleichauf

In Ostdeutschland lag das tatsächliche Einkommen 2002 im Schnitt bei 1238 Euro und damit deutlich unter dem westdeutschen Wert von 1527 Euro (Abbildung 3). Auch beim subjektiv notwendigen Einkommen bestand ein Unterschied, dieser war mit 1158 Euro gegenüber 1203 Euro etwas geringer. Bis 2022 stieg das tatsächliche Einkommen im Osten nominal um rund 72 Prozent, im Westen um rund 65 Prozent. Beim subjektiv notwendigen Einkommen war der Anstieg im Osten mit rund 42 Prozent stärker als im Westen mit rund 38 Prozent. 2022 lagen die subjektiv notwendigen Einkommen mit 1639 Euro im Osten und 1665 Euro im Westen nahezu auf demselben Niveau, während beim tatsächlichen Einkommen weiterhin ein deutlicher Unterschied bestand.

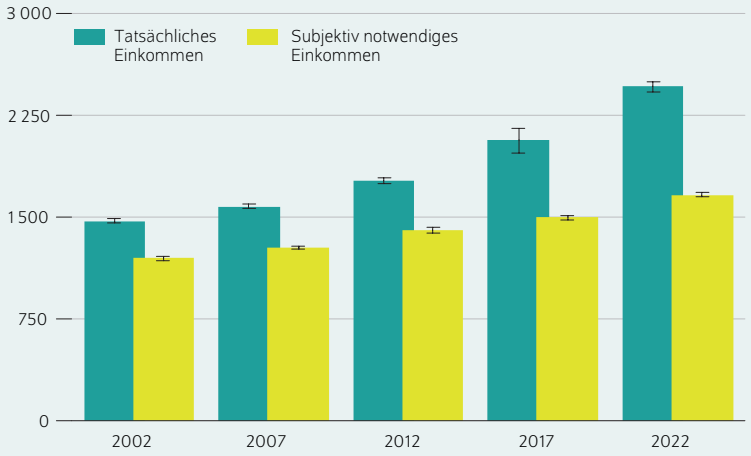
Beim subjektiv notwendigen Einkommen sind die Geschlechterunterschiede bis 2022 nahezu verschwunden

Auch zwischen Frauen und Männern entwickeln sich tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen unterschiedlich. Bei Frauen stieg das tatsächliche monatliche Durchschnittseinkommen zwischen 2002 und 2022 nominal um rund 65 Prozent, bei Männern um rund 70 Prozent (Abbildung 4). Das subjektiv notwendige Einkommen nahm bei Frauen dagegen um rund 43 Prozent zu, bei Männern um rund 35 Prozent. 2002 lag das von Frauen angegebene notwendige Einkommen noch um 78 Euro unter dem der Männer. 2022 betrug der Unterschied nur noch zwölf Euro. Beim tatsächlichen Einkommen bestand dagegen weiterhin ein deutlicher Unterschied, im Schnitt 2 330 Euro bei Frauen und 2 589 Euro bei Männern.

Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass sich die Einkommensangaben auf den Haushalt beziehen und anschließend auf die einzelnen Haushaltsmitglieder umgerechnet werden. Frauen und Männer, die im selben Haushalt leben, haben daher dasselbe tatsächliche Äquivalenzeinkommen. Die ausgewiesenen Geschlechterunterschiede beim tatsächlichen Einkommen spiegeln somit Unterschiede in den Einkommensverhältnissen der Haushalte wider, in denen Frauen beziehungsweise Männer leben, und nicht unmittelbar Unterschiede zwischen individuellen Erwerbseinkommen. Beim subjektiv notwendigen Einkommen können darüber hinaus unterschiedliche Einschätzungen des finanziellen Bedarfs innerhalb desselben Haushalts eine Rolle spielen.

Abbildung 1

Tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen
Durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen in Euro



Anmerkung: Erfragt wurde, welches monatliche Nettoeinkommen der eigene Haushalt mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

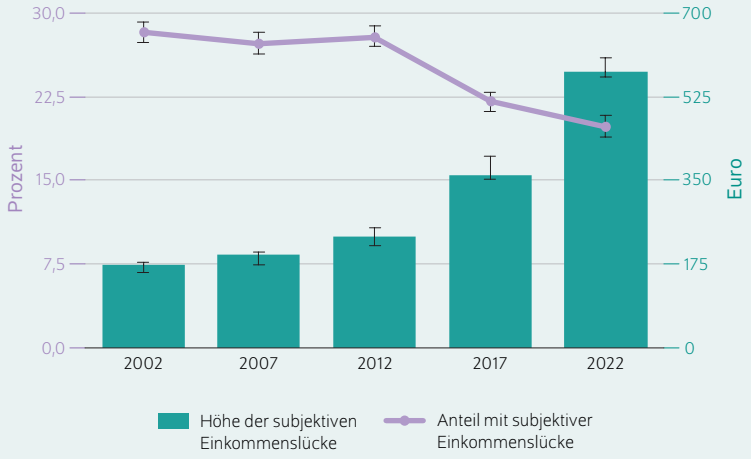
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

CC BY 4.0

Zwischen 2002 und 2022 ist das tatsächliche Einkommen deutlich stärker gestiegen als das Einkommen, das die Befragten für notwendig halten.

Abbildung 2

Anteil der Personen mit subjektiver Einkommenslücke und durchschnittliche Höhe ihrer Lücke
Anteil in Prozent (Linie, linke Achse); mittlere Einkommenslücke in Euro (Balken, rechte Achse)



Anmerkung: Eine subjektive Einkommenslücke liegt vor, wenn das tatsächliche Einkommen niedriger ist als das Einkommen, das der Haushalt nach eigener Einschätzung mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

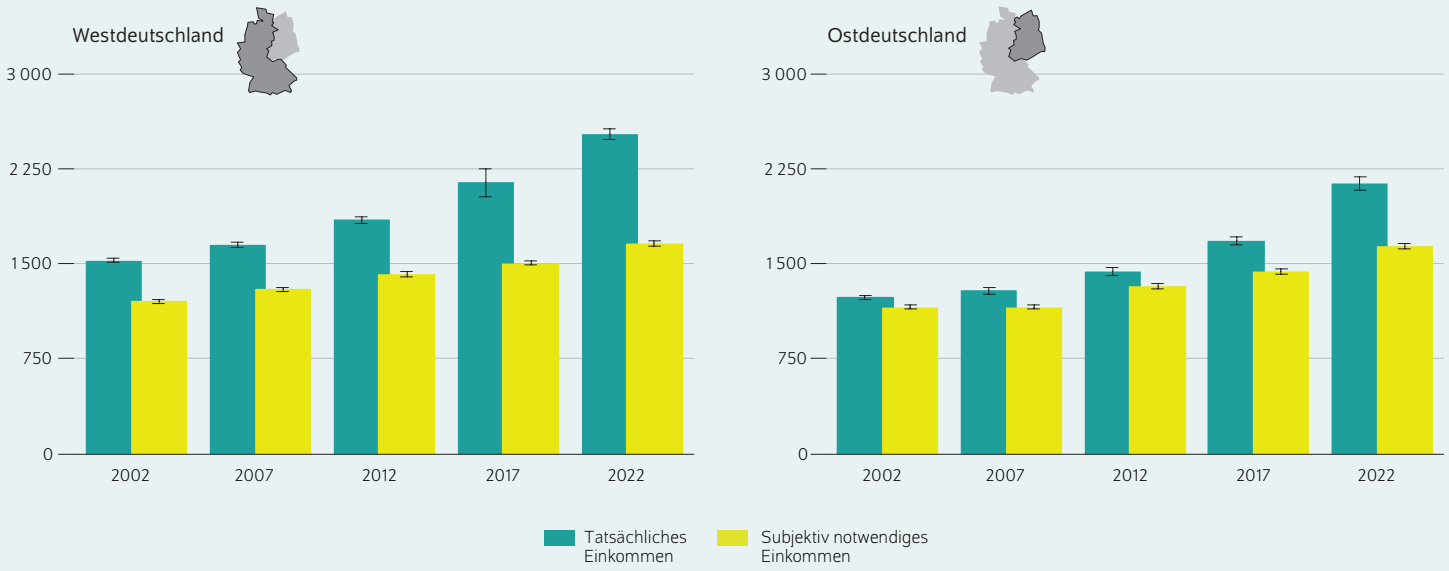
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

CC BY 4.0

Weniger Menschen haben eine Einkommenslücke, also weniger Einkommen, als sie selbst für notwendig halten; doch bei Betroffenen ist die Lücke größer geworden.

Abbildung 3

Tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen in Ost- und Westdeutschland
Durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen in Euro



Anmerkung: Erfragt wurde, welches monatliche Nettoeinkommen der eigene Haushalt mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

CC BY 4.0

Die subjektiv notwendigen Einkommen in West- und Ostdeutschland haben sich weitgehend angeglichen, die tatsächlichen Einkommen unterscheiden sich weiterhin.

Je höher das Einkommen, desto größer der Abstand zum subjektiv notwendigen Einkommen

Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich nach der Position in der Einkommensverteilung. Dafür werden die Personen entsprechend ihrem Einkommen in jedem Jahr in vier gleich große Gruppen (Quartile) eingeteilt. Im untersten Quartil, also im Viertel mit den geringsten Einkommen, stieg das tatsächliche Einkommen von 2002 bis 2022 nominal um rund 50 Prozent, das subjektiv notwendige Einkommen um rund 42 Prozent. Dabei lag das durchschnittliche subjektiv notwendige Einkommen in allen fünf Beobachtungsjahren über dem tatsächlichen Einkommen. 2002 standen 765 Euro tatsächlichem Einkommen 894 Euro subjektiv notwendiges Einkommen gegenüber; 2022 waren es 1144 Euro gegenüber 1273 Euro (Abbildung 5).

Bereits im zweiten Einkommensquartil zeigt sich ein anderes Muster. Hier stieg das tatsächliche Einkommen über die 20 Jahre um rund 65 Prozent, das subjektiv notwendige Einkommen dagegen lediglich um rund 43 Prozent. Im dritten Quartil waren es 72 gegenüber 41 Prozent, im obersten Quartil 67 gegenüber 31 Prozent. Mit steigender Position in der Einkommensverteilung entwickeln sich also tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen langfristig immer stärker auseinander. Gleichzeitig steigt erwartungsgemäß auch das subjektiv notwendige Einkommen mit der Einkommensposition: Personen in höheren Einkommensgruppen erachten im Durchschnitt höhere Beträge als notwendig als Personen in niedrigeren Einkommensgruppen.

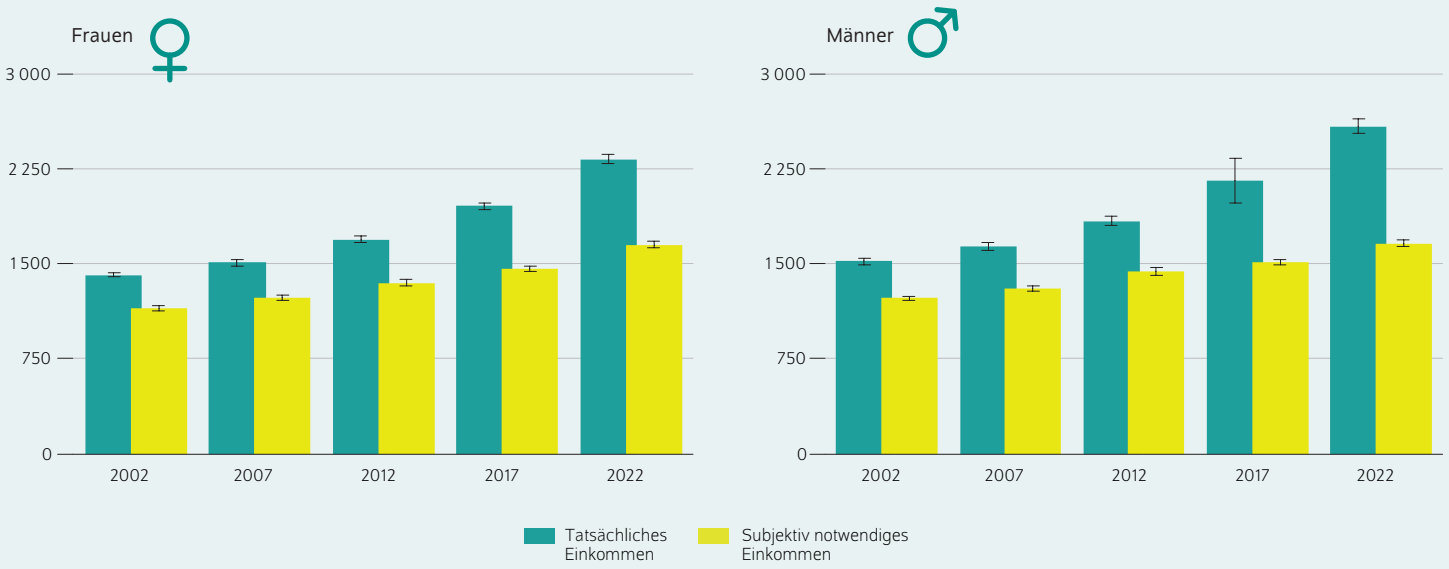
Innerhalb des untersten Einkommensquartils zeigen sich zudem Unterschiede zwischen Erwerbstätigen und arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden (Abbildung 6). So lag das tatsächliche Einkommen der Erwerbstätigen in den Jahren 2002, 2007 und 2012 noch deutlich unter dem subjektiv notwendigen Einkommen. In den Jahren 2017 und 2022 bestand dagegen im Mittel keine solche Einkommenslücke. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Erwerbstätigen im unteren Einkommensquartil, deren aktuelles Einkommen unter dem liegt, was sie als notwendig erachteten: von 62,8 Prozent im Jahr 2012 auf 49,9 Prozent im Jahr 2017 und 48,1 Prozent im Jahr 2022. Diese deutliche Veränderung fällt in den Zeitraum, in dem 2015 der gesetzliche Mindestlohn eingeführt wurde. Das deutet darauf hin, dass der Mindestlohn dort Wirkung entfaltet hat, wo er politisch ansetzen sollte: bei Menschen mit niedrigen Erwerbseinkommen.[13]

Bei arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden ist eine entsprechende Entwicklung nicht zu beobachten. Ihre mittlere Einkommenslücke bleibt über den gesamten Zeitraum

13 Vgl. hierzu die SOEP-basierten Analysen zu den Folgen der Mindestlohnerhöhung: Patrick Burauel et al. (2017): Mindestlohn noch längst nicht für alle – Zur Entlohnung anspruchsberechtigter Erwerbstätiger vor und nach der Mindestlohnreform aus der Perspektive Beschäftigte. DIW Wochenbericht Nr. 49, 1109–1123 (online verfügbar).

Abbildung 4

Tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen von Frauen und Männern
Durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen in Euro



Anmerkung: Erfragt wurde, welches monatliche Nettoeinkommen der eigene Haushalt mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

CC BY 4.0

Frauen und Männer nennen ähnlich hohe Beträge, die ihr Haushalt zum Zurechtkommen benötigt, verfügen aber weiterhin über unterschiedlich hohe Einkommen.

deutlich negativ und liegt zwischen 156 und 227 Euro. Auch der Anteil derjenigen, deren Einkommen unter dem subjektiv notwendigen Niveau liegt, verändert sich kaum. Er beträgt in allen betrachteten Jahren rund 72 bis 75 Prozent (Abbildung 6). Im Jahr 2022 haben 74,4 Prozent der arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden eine subjektive Einkommenslücke. Unter den Erwerbstätigen im unteren Einkommensquartil sind es 48,1 Prozent und damit gut 26 Prozentpunkte weniger.

Fazit: Zwischen 2002 und 2022 gaben immer mehr Menschen an, mit ihrem Einkommen gut zurechtzukommen

Über die vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich die subjektiv wahrgenommene Einkommenssituation insgesamt verbessert. Die tatsächlichen Einkommen sind stärker gestiegen als die Einkommen, die Menschen für notwendig erachten. Zugleich ist der Anteil der Menschen, deren tatsächliches Einkommen unter dem subjektiv notwendigen Einkommen liegt, von 28 Prozent im Jahr 2002 auf rund 20 Prozent im Jahr 2022 gesunken. Nach diesem subjektiven Maß hat die Einkommensarmut abgenommen.

Dieser Befund ergänzt die klassische relative Armutsmessung um eine andere Perspektive. Die Armutsrisikoquote ist langfristig gestiegen und stagniert seit 2019 bei rund 17 Prozent.[14] Die relative Position einkommensarmer Menschen innerhalb der Einkommensverteilung hat sich damit langfristig nicht entsprechend verbessert. Gleichzeitig reicht das vorhandene Einkommen für einen wachsenden Teil der Bevölkerung aus, um zumindest das Einkommensniveau zu erreichen, das sie selbst für notwendig halten. Relative und subjektive Einkommensarmut haben sich damit teilweise auseinanderentwickelt.

Unterschiede beim subjektiv notwendigen Einkommen zwischen Frauen und Männern sowie zwischen Ost- und Westdeutschland sind weitgehend verschwunden, obwohl bei den tatsächlich verfügbaren Einkommen weiterhin deutliche Unterschiede bestehen. Bestehende Einkommensunterschiede schlagen sich also nicht mehr in unterschiedlichen Vorstellungen darüber nieder, was man zum Leben benötigt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Angaben auf Haushaltseinkommen beziehen und die beobachteten Unterschiede daher nicht unmittelbar individuelle Einkommensunterschiede widerspiegeln.

Auch bei Erwerbstätigen im unteren Einkommensbereich hat die subjektive Einkommenslücke abgenommen. Nach 2012 verbesserte sich ihre Position gegenüber dem subjektiv notwendigen Einkommen deutlich. Diese Entwicklung fällt

14 Markus M. Grabka (2025): Armutsrisiko stagniert, ist aber bei Menschen mit Migrationshintergrund und Erwerbslosen weiterhin hoch. DIW Wochenbericht Nr. 42, 663–671 (online verfügbar).

Abbildung 5

Tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen nach Einkommensquartilen
Durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen in Euro

Anmerkung: Erfragt wurde, welches monatliche Nettoeinkommen der eigene Haushalt mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Einkommensquartile teilen die Bevölkerung nach der Einkommenshöhe in vier gleich große Gruppen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

CC BY 4.0

Mit steigender Einkommensposition wächst der Abstand zwischen dem tatsächlichen und dem subjektiv notwendigen Einkommen.

in die Zeit nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 und ist mit der Annahme vereinbar, dass der Mindestlohn zur Verbesserung der tatsächlichen und subjektiv wahrgenommenen Einkommenssituation von Erwerbstätigen mit niedrigem Einkommen beigetragen haben könnte. Dazu passt, dass auch die Lohnungleichheit und die Niedriglohnquote in Deutschland deutlich zurückgegangen sind. Die Niedriglohnquote erreichte 2024 mit 15,9 Prozent einen neuen Tiefstand.

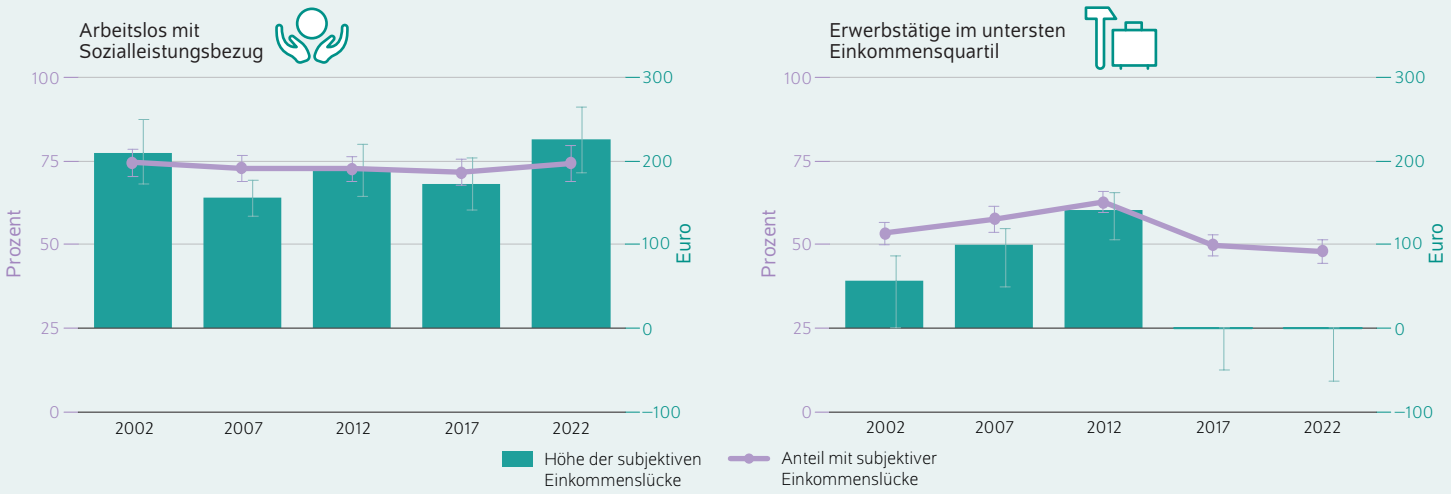
Die insgesamt positive Entwicklung erreicht jedoch nicht alle Bevölkerungsgruppen. Besonders deutlich wird dies bei Erwerbslosen. Ihre Niedrigeinkommensquote ist zwischen 2010 und 2022 von 54,9 auf 71,4 Prozent gestiegen. Die vorliegenden Ergebnisse ergänzen diesen Befund um die subjektive Perspektive: Bei erwerbslosen Sozialleistungsbeziehenden liegt das tatsächliche Einkommen dauerhaft unter dem Betrag, den sie selbst für notwendig halten. Zuletzt hat sich diese Einkommenslücke eher vergrößert. Bei Erwerbslosen weisen relative und subjektive Armutsmessung damit in dieselbe Richtung. Dies verdeutlicht die besonders schwierige materielle Situation von Erwerbslosen, ohne dass sich über den Beobachtungszeitraum eine nachhaltige Veränderung erkennen lässt.

Dieser Befund ist auch mit Blick auf die weitere Ausgestaltung der Grundsicherung relevant. Die anstehende

Korrigierte Version: Abbildung 6

Abbildung 6

Anteil der Personen mit subjektiver Einkommenslücke und durchschnittliche Höhe ihrer Lücke nach Erwerbsstatus
Anteil in Prozent (Linie, rechte Achse); mittlere Einkommenslücke in Euro (Balken, linke Achse)



Anmerkung: Eine subjektive Einkommenslücke liegt vor, wenn das tatsächliche Einkommen niedriger ist als das Einkommen, das der Haushalt nach eigener Einschätzung mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

CC BY 4.0

Arbeitslose Sozialleistungsbeziehende haben häufiger und größere Einkommenslücken als Erwerbstätige mit niedrigen Einkommen.

Neuermittlung der Regelbedarfe auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2023 bietet die Gelegenheit zu prüfen, inwieweit die Leistungen mit der Entwicklung der Bedarfe Schritt halten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Daten des Wochenberichts nur bis 2022 reichen. Sie bilden daher die Auswirkungen der anschließenden starken Preissteigerungen auf die tatsächlichen Einkommen und die subjektiven Vorstellungen darüber, welches Einkommen notwendig ist, noch nicht ab. Angesichts der angespannten öffentlichen Haushalte bestehen jedoch Zielkonflikte. Eine Überprüfung führt keineswegs automatisch zu höheren Leistungen: Für 2026 ergab die Fortschreibungsrechnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) rechnerisch sogar einen niedrigeren Wert; die Leistungen bleiben jedoch aufgrund des gesetzlichen Besitzschutzes unverändert.[15] Zugleich sollte berücksichtigt werden, dass materielle Benachteiligung längerfristige soziale und gesundheitliche Folgekosten nach sich ziehen kann. Wird das soziokulturelle Existenzminimum regelmäßig an die tatsächlichen Lebensbedingungen angepasst, kann dies dazu beitragen, solche Folgekosten zu begrenzen.

15 BMAS (2026): Infoblatt Fortschreibung der Regelbedarfe zum 1. Januar 2026 (online verfügbar).

Jürgen Schupp ist DIW Honorary Fellow im Geschäftsbereich der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin | jschupp@diw.de

Sabine Zinn ist Direktorin im Geschäftsbereich der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin | szinn@diw.de

JEL: C23, C83, D31, J62, I38

Keywords: SOEP, income expectation, income aspiration

Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 42–44/2026:

www.diw.de/diw_weekly

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de
93. Jahrgang 28. Oktober 2026

Herausgeber*innen
Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler;
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert;
Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat
Dr. Clara Schäper

Redaktion
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Hanna Kathreen Antony;
Adam Mark Lederer; Sandra Tubik

Gestaltung
Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter **www.diw.de/wochenbericht** abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter **www.diw.de/wb-anmeldung**

ISSN 1860-8787